Wunder Ihrer Siege zu begreifen, deren die Zeitgenossen Ew. Majestät Zeugen sind" (373). Ebenso kurz lautete der Dank Napoleons (374). Die Kürze und der kühle Ton des Schreibens Karl Friedrichs sticht auffallend ab von der wortreichen Gratulation Friedrichs von Württemberg.[1]) Wir dürfen darin wohl ein Symptom der Stimmung erblicken, die in weiten Kreisen, auch am Hofe, herrschte und der sich auch Karl Friedrich, vielleicht unter dem Einflusse der Markgräfin Amalie, nicht entziehen konnte. Reitzenstein sah in der bei mancher Gelegenheit hervortretenden Lauheit der Gesinnung gegen Frankreich, dessen Partei, wenn auch notgedrungen, man nun einmal ergriffen habe, eine Gefahr, da sie eine Verstimmung Napoleons gegen Baden hervorrufen könne. Er hielt es Ende Oktober für geraten, um den Eifer Badens zu beweisen, ein Manifest zu erlassen, das die Allianz mit Frankreich aller Welt mitteile und zur Begründung dieses Bündnisses alle die Beschwerden, die man gegen Oesterreich habe, zusammenstelle (375). Eine andere aus der Mitte des Geheimratkollegiums hervorgegangene Denkschrift (376) sprach sich gegen ein solches Manifest aus: Die geographische Lage Badens biete in den Augen der Welt eine genügende Rechtfertigung für seine Haltung; die Beschwerden gegen Oesterreich, die für sich allein Baden doch sicher nicht zu einer Kriegserklärung veranlaßt haben würden, seien durch die Erklärungen von Württemberg und Baden schon bekannt geworden; es erscheine unklug, Oesterreich, das trotz seiner augenblicklichen Mißerfolge doch immer eine Großmacht bleiben werde, unnötig noch mehr zu reizen; außerdem werde durch eine solche öffentliche Kundgebung kaum „ein höheres Wohlgefallen" Napoleons erregt werden. Das von Reitzenstein angeregte Manifest ist dann in der Folge auch nicht erschienen.

II.

Die Verträge von Brünn und Wien.

An dem sichern Siege Frankreichs über Oesterreich hat weder Napoleon selbst noch auch einer seiner Verbündeten gezweifelt. Daher haben schon bald nach dem Beginn der kriegerischen Operationen die Erwägungen und Erörterungen darüber begonnen, wie die Früchte dieses Sieges zu verteilen seien. Schon am 17. Oktober sandte Talleyrand von Straßburg aus eine Denkschrift an Napoleon, in der er ihm seine Gedanken über die Gestaltung der Dinge nach dem Friedensschlusse auseinandersetzte.[2]) Er hat später in seinen Memoiren betont, daß er dem Kaiser zur Schonung Oesterreichs geraten habe, um sich dann mit diesem zu verbünden. Eine solche französisch-oesterreichische Allianz, gerichtet gegen Rußland, war ein Lieblingsgedanke Talleyrands. Seine Durchführung hatte zur Voraussetzung, daß zwar Oesterreich auf seine Besitzungen im Westen, in Schwaben und am Bodensee, wie auch in Venedig, Trient einbegriffen, verzichtete, um so durch die Zurückziehung seiner Grenzen von Frankreich und Italien jede unmittelbare Berührung mit diesen Staaten aufzugeben und die Wahrscheinlichkeit eines künftigen feindlichen Zusammen-

---

[1]) v. Schloßberger, Polit. und milit. Correspondenz König Friedrichs v. Württemberg mit Napoleon I. S. 4 f.

[2]) Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand à Napoléon 1800—1809. S. 156 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

stoßes zu verringern, daß es für diese Verluste aber im Osten durch die Erwerbung türkischen Gebietes, der Wallachei und Moldau, Bessarabiens und des nördlichen Bulgariens reichlich und zu seiner Zufriedenheit entschädigt wurde. Die Idee, das Schwergewicht Oesterreichs nach dem Osten zu verlegen, ist nicht in Talleyrands Kopfe zuerst entstanden; schon der preußischen Politik Herzbergs hatte fast zwei Jahrzehnte früher ein solcher Gedanke vorgeschwebt. Das von Oesterreich abgetretene Gebiet in Süddeutschland sollte nach Talleyrands Vorschlag unter Napoleons drei süddeutsche Verbündete durch eine besondere Uebereinkunft verteilt werden, die einen Anhang zum Friedensvertrag mit Oesterreich bilden sollte. Als Anteil Badens dachte sich Talleyrand: Den Breisgau, die Ortenau und die Städte Konstanz und Lindau mit ihren Gebieten, zusammen 170000 Seelen. Dieser Anteil hätte die von Bayern und Württemberg bedeutend übertroffen, da ersterem nur eine Vergrößerung um 118000, letzterem gar nur um 70000 Seelen von Talleyrand zugedacht war. In den Erläuterungen zu diesen Vorschlägen sagte Talleyrand: Da der Kurfürst von Baden bei den Entschädigungen von 1802 das Bistum Konstanz erhalten habe, so sei es natürlich, jetzt die Stadt damit zu verbinden. Da er ferner immer, gezwungen oder freiwillig, der Verbündete Frankreichs sein werde, so sei es besser, daß so wichtige Positionen, wie Konstanz und Lindau, in seinen Händen seien, als in denen irgend einer andern Macht, selbst der Schweiz.

Der eine Teil von Talleyrands Vorschlägen, der die Entschädigung Oesterreichs im Osten betraf, hat vor Napoleons Augen keine Gnade gefunden, während er mit der Verteilung der deutschen Beute unter seine Verbündeten, die ja auch seinem Interesse diente, im Prinzip einverstanden war. Die Grundlinien für die Festsetzung der Vergrößerung Bayerns, Württembergs und Badens, entsprechend den in den Bündnisverträgen gemachten allgemeinen Versprechungen, standen wohl schon seit Napoleons Aufenthalt in München fest, und die bayerische und württembergische Regierung gaben sich alle Mühe, bei der Festsetzung im einzelnen für sich möglichst viel herauszuschlagen. Kurfürst Friedrich von Württemberg bat Ende Oktober Napoleon, einen Bevollmächtigten an ihn schicken zu dürfen; er bestimmte dazu den Baron v. Normann-Ehrenfels. Napoleon wies ihn an Talleyrand.[1]) Auch Bayern nahm eifrig Anteil an diesen Besprechungen, in München selbst durch Montgelas und dann später durch den Geh. Rat Freiherrn v. Gravenreuth. Auf wiederholte Anregungen Napoleons[2]) beschäftigte sich Talleyrand schon seit seinem Aufenthalt in München eifrig mit diesen Angelegenheiten und legte d. d. Wien, 26. November als Resultat seiner Ueberlegungen dem Kaiser zwei Vertragsentwürfe vor (393 und 394), von denen der erste das künftige Verhältnis der mit Frankreich verbündeten deutschen Staaten zum Reiche behandelte. Dieser Plan ist fürs erste nicht zur Durchführung gekommen; er enthält aber schon die Grundlinien für die spätere Rheinbundsakte. Aus beiden Gründen genügt es, an dieser Stelle seinen Inhalt nur kurz zu skizzieren. Die drei Staaten Bayern, Württemberg und Baden lösen die Beziehungen, die sie bisher mit dem Reiche verbunden haben, und bilden drei vollständig unabhängige Königreiche. Aus ihrer Souveränität ergibt sich für jeden der drei Monarchen das Recht, jede militärische, religiöse oder gemischte Korporation innerhalb ihres Gebietes zu unterdrücken und ihre Besitzungen einzuziehen; ferner das Recht, den reichsunmittelbaren Adel zu mediatisieren und bei Er-

[1]) v. Schloßberger, Pol. u. mil. Korresp. etc. S. 7, 8, 10.
[2]) Bertrand, Lettres etc. S. 181 u. 195.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

löschen der Familien deren Besitz einzuziehen; zuletzt das Recht, jede Einrichtung in ihren Staaten zu unterdrücken, die ihre Existenz einem kaiserlichen oder Reichsprivileg verdankt. Der französische Kaiser verspricht seine guten Dienste zur Erlangung der Anerkennung der drei Könige bei den befreundeten Mächten und sagt die Aufnahme einer ebendahin gehenden speziellen Klausel in den zu schließenden Friedensverträgen zu. Der Kaiser garantiert den drei Königen und diese sich gegenseitig ihre Souveränität und die Integrität ihrer Gebiete, die in einer besonderen Konvention als Anhang dieses Vertrages namentlich bezeichnet und spezifiziert werden sollen. Die drei Königreiche garantieren Frankreich die Integrität seiner augenblicklichen Besitzungen auf dem Festlande und die Integrität Italiens in dem Zustand, wie er aus dem nächsten Friedensschluß hervorgehen wird. Sie schließen mit Frankreich und Italien eine Defensivallianz zu gemeinsamer Kriegsführung auf dem Festland. Die Leistungen eines jeden Staates an Truppen und Geld sollen in einer Spezialkonvention festgesetzt werden. Die helvetische Republik soll eingeladen werden, dieser Allianz beizutreten.

Montgelas und Normann hatten durch Talleyrand von den Grundsätzen dieses Entwurfes Kenntnis erhalten und ihre volle Zustimmung dazu ausgesprochen,[1]) während Baden, das ja keine Bevollmächtigte geschickt hatte, dessen Zustimmung man aber voraussetzte, ohne Mitteilung blieb. Dagegen wußten auch jene beiden nichts von der Existenz des zweiten Vertragsentwurfs (394), der den oben erwähnten Zusatz zu dem Bündnisvertrag bilden sollte und die Bestimmungen über die Vergrößerung des Gebiets der drei Könige und eine Zusammenfassung von deren Umfang enthielt. Was Baden betrifft, so sollte es von Bayern das Herzogtum Berg erhalten und das künftige Königreich bestehen aus: 1. den gegenwärtigen Besitzungen des Hauses Baden; 2. dem von Bayern abgetretenen Herzogtum Berg; 3. dem Breisgau, der Ortenau und ihren Dependenzen und Enklaven, der Grafschaft Bonndorf, der Stadt Konstanz und der Komthurei Mainau. Diese sämtlichen Gebiete würden 896 000 Einwohner gehabt und einen Ertrag von 4 576 000 Gulden ergeben haben. Man sieht, daß wenigstens Talleyrands Absichten Baden gegenüber recht freundliche waren; daß das Endresultat für Baden weniger günstig war, daran trägt nicht er die Schuld.

Wenn auch die badische Regierung für's erste noch unterließ, einen besonderen Vertreter zu Napoleon resp. Talleyrand zu schicken, um sich ihren Anteil an der künftigen Beute zu sichern, so haben selbstverständlich die badischen Staatsmänner sich mit der Frage beschäftigt, welche Aussichten die Erfolge der französischen Waffen für Baden eröffneten. Dabei tritt als Ratgeber des Kurfürsten in Sachen der äußeren Politik immer mehr Reitzenstein in den Vordergrund, dessen staatsmännische Begabung die der anderen weit überragte. Wir wissen, wie gern er vor Beginn des Kriegs Badens Neutralität gewahrt hätte, und daß er nur dem Zwang der Verhältnisse weichend dem Septembervertrag zugestimmt hatte. Nun der Schritt aber einmal geschehen war, mußte man auch konsequent weiter gehen und für Baden die größtmöglichen Vorteile zu erlangen suchen. Die Denkschrift (388), die er mit einem Begleitschreiben vom 19. November (387) dem Kurfürsten vorlegte, atmet Talleyrandschen Geist; sie stimmt in den grundlegenden Gedanken vollständig mit Talleyrands Denkschrift an Napoleon vom 17. Oktober überein. Wie Talleyrand war auch Reitzenstein der Meinung, daß zur Sicherung eines dauernden Friedens Oesterreich aus Deutschland hinausgedrängt und seine Politik nach dem Osten gerichtet werden müsse; daß es durch Erwerbungen an

[1]) Bertrand, Lettres etc. S. 195.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

der untern Donau und am Schwarzen Meere Rußland in seinem Vordrängen nach Konstantinopel und dem Mittelländischen Meere hemmen und so durch ihre gegenseitige Rivalität eine Allianz der beiden Kaisermächte gegen Frankreich künftig unmöglich gemacht würde. Die Neubildung Deutschlands nach Hinausdrängung von Oesterreich dachte Reitzenstein sich so, daß im Süden die drei Staaten Bayern, Württemberg und Baden, vergrößert durch die bisherigen Besitzungen Oesterreichs und der Fürsten des oesterreichischen Hauses und ferner der kleinen Fürsten und Grafen, die in Wirklichkeit bis jetzt nur Vasallen Oesterreichs gewesen seien, und gestärkt durch die Gemeinsamkeit ihrer Interessen und durch einen Verbrüderungs- und Erbfolgevertrag, als Zwischenmacht wie ein starker Damm zwischen Oesterreich und Frankreich gestellt würden. Ihrem Beispiel würden im Interesse ihrer eigenen Erhaltung die Kurfürsten von Sachsen und Hessen folgen, und so werde man einen germanischen Bund sich bilden sehen, nicht mehr so monströs wie derjenige, der jetzt unter der Bezeichnung „Reich" nur noch eine unsichere Existenz führe, sondern so, wie es das Interesse Europas und Frankreichs selbst dringend verlange, befreit von dem Einflusse Oesterreichs und Preußens, unabhängig, eine respektable Schranke gegenüber jeder dieser zwei Mächte und gegenüber allen Angriffen auf die Ruhe des Kontinents, die von England ausgehen könnten. Frankreich werde aber nach diesem Kriege noch weiter gehen und versuchen, die Grenzen Preußens möglichst weit von denen Frankreichs zurückzuschieben. Das bedinge eine Reihe von Aenderungen im Besitzstand in Norddeutschland, die Reitzenstein im einzelnen vorschlägt. Die drei süddeutschen Staaten würden eine Armee von 130 000 Mann, zusammen mit Sachsen und den beiden Hessen 180—200 000 aufstellen können. Die kleineren Stände innerhalb dieses süd- und mitteldeutschen Bundes sollten anderweitig entschädigt, die kleinsten unter die Souveränität der Kurfürsten gestellt werden. Zwischen Frankreich und dem Bundesstaat soll eine Defensivallianz gegründet werden zur Ueberwachung Oesterreichs und Preußens und zur Erhaltung eines dauernden Friedens.

Auf der Grundlage dieser, wie Reitzenstein annahm, aus dem gegenwärtigen Krieg wahrscheinlich hervorgehenden politischen Resultate baute er dann einen Vorschlag auf (389), der die einzelnen territorialen Veränderungen im Süden enthielt. Baden sollte darnach das ganze obere Fürstentum, sowie Salmansweiler und Petershausen an Württemberg abtreten. Dafür sollte es erhalten: von Württemberg alles Gebiet westlich einer Linie, die ausging von der Mündung der Aach in den Bodensee und über Aach, Möhringen, Mühlhausen, den Neckar entlang bis Horb, dann längs der Nagold bis Liebenzell, über Mühlhausen a. d. Würm, Unterriexingen, der Enz und dem Neckar entlang bis Heilbronn und von da bis zur Tauberquelle führte; von Hessen-Darmstadt alle Besitzungen zwischen Rhein und Neckar, von Hessen-Kassel das Fürstentum Hanau. Sein Gebiet würde demnach alles Land zwischen Rhein, Main und der eben gezeichneten württembergischen Grenzlinie umfaßt haben.

Ein zweites Projekt (390), das sonst mit dem ersten durchaus übereinstimmt, differiert mit ihm in Bezug auf Grenzbestimmungen zwischen Baden und Württemberg. Nach diesem zweiten Projekt sollte Baden erhalten: die Besitzungen des Landgrafen von Hessen-Darmstadt zwischen Main und Neckar und die Parzellen auf dem linken Neckarufer, den auf der linken Mainseite gelegenen Teil des Fürstentums Hanau, die Besitzungen der Fürsten und Grafen von Leiningen, Isenburg, Löwenstein-Wertheim und Erbach, die Herrschaft Mergentheim nebst den übrigen in Baden enklavierten Besitzungen des Deutsch- und Johanniterordens, den Breisgau und die Ortenau mit den Städten Villingen und Bräun-

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

lingen und der Grafschaft Bonndorf, die Grafschaft Hohengeroldseck, die Fürstenberg'schen Aemter Haslach, Wolfach, Engen, Meßkirch, Stühlingen und Heiligenberg, die Landgrafschaften Klettgau und Nellenburg, die Grafschaft Thingen, die oesterreichischen Besitzungen zwischen Iller, Donau, Wutach und Bodensee einschließlich der Herrschaft Vorarlberg und der Stadt Konstanz, die Besitzungen der Fürsten und Grafen im gleichen Bezirk, ausgenommen die des Fürsten von Taxis, die Besitzungen Bayerns auf dem linken Illerufer und Oranien-Fuldas in Oberschwaben, endlich die Territorialherrschaft über die Ritterschaft der Kantone Kraichgau, Ortenau, Hegau und Allgäu. Obwohl dieser Plan wegen der schlechteren Arrondierung Badens und infolge davon der Erschwerung der Verwaltung Reitzenstein weniger vorteilhaft erschien, so glaubte er doch an eine leichtere Annahme desselben, da Auseinandersetzungen mit Württemberg unnötig wären und Frankreich Baden zum einzigen Nachbar von Basel bis Mainz erhielte.

Die Denkschrift und die damit in Verbindung stehenden beiden Teilungsvorschläge sollten nun der französischen Regierung vorgelegt und Wege gefunden werden, diese zu einer günstigen Aufnahme zu bestimmen. Reitzenstein schlug dem Kurfürsten das Mittel vor, das bei den früheren Verhandlungen deutscher Fürsten mit Frankreich so gut gewirkt hatte. Man sollte Massias 200000 Gulden versprechen, wenn es ihm gelinge, einem der beiden Projekte zur Annahme zu verhelfen, und ihm außerdem noch 6—800000 Gulden zur Verfügung stellen, wenn er deren zu geheimen Ausgaben bedürfe. Von diesem Vorschlage Reitzensteins findet sich in den badischen Akten weiter nichts mehr. Die Finanzlage Badens verbot wohl den Gebrauch eines solchen Mittels. Die Schriften Reitzensteins sind aber doch an die französische Regierung gegangen, da neben den Konzepten in Karlsruhe die Originale im Pariser Archiv vorhanden sind. Wahrscheinlich hat Reitzenstein selbst sie später in Wien übergeben.

Um dieselbe Zeit verfaßte auch Dalberg eine Denkschrift (380): Quel serait après la guerre présente le sort le plus avantageux de l'Empire Germanique et quel serait l'agrandissement le plus convenable à la maison de Bade? Dalberg stimmte mit Reitzenstein darin überein, daß auch er annahm, Frankreich werde, um eine Zwischenmacht zwischen sich und Oesterreich, Preußen und Rußland zu haben, die drei süddeutschen Staaten verstärken müssen, und zwar durch die Vereinigung der kleineren Stände mit den kurfürstlichen Landen, wobei man ersteren ihre Domänen belassen oder eine Rente aussetzen könne (während Reitzenstein an eine Verpflanzung und Entschädigung der größeren dieser Stände dachte). Die Erwerbung des Breisgaus und der Ortenau hielt auch er nicht für genügend, um Baden abzurunden und es zu dem zu machen, was das Interesse Frankreichs erfordere. Er riet ebenfalls, das obere Fürstentum aufzugeben. Als Grenze des durch Baden zu erwerbenden Gebietes im Osten dachte er sich eine Linie, die von Wolfach aus der Nagold, dann der Enz bis zu ihrer Mündung in den Neckar folgte, von hier auf dem rechten Neckarufer bis Neckarsulm ging und dann der Kocher und Tauber bis zum Main folgte, also Gebiete von Württemberg, Darmstadt, Erbach, Leiningen, Salm, Löwenstein-Wertheim usw. umfaßte. In einer zweiten (deutschen) Denkschrift (381) setzte er noch genauer die Nachteile der bisherigen langgestreckten Rheingrenze auseinander, die es erwünscht machten, die Länge dieser Grenze abzukürzen und sie gegen Deutschland hineinzurücken unter Aufgabe des oberen Fürstentums. Als weitere Gegenstände der jetzt nötig werdenden Unterhandlungen bezeichnete er die Sukzession der zweiten Linie und die pfälzische Schuldensache; in beiden Angelegenheiten ein erwünschtes Resultat zu erlangen, fand er den

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Augenblick für günstig und riet, keine Zeit zu versäumen, da Bayern und Württemberg sicher bereits Unterhandlungen angeknüpft hätten.

Wir wissen, daß dies der Fall war. Warum zögerte die badische Regierung so lange?

Nachdem am 17. Oktober 1804 Karl Friedrich auf Schloß Favorite einen leichten Schlaganfall erlitten hatte, hatte sich wohl das körperliche Befinden des hochbetagten Fürsten bald wieder gebessert, aber seine Geisteskräfte, besonders sein Gedächtnis, hatten doch sichtbar abgenommen (206). Es fehlte die Kraft rascher Entschließung, zumal da die politischen Dinge seit dem erzwungenen Anschluß an Frankreich eine Wendung genommen hatten, die ihm im Grunde seines Herzens sehr unangenehm war. Schroff standen sich am Karlsruher Hofe die Parteien gegenüber. Alle diejenigen, die mit jener Wendung unzufrieden waren, scharten sich um des Kurfürsten Schwiegertochter, die charakterfeste, gut deutsch gesinnte Markgräfin Amalie, die ihre Abneigung gegen Frankreich und Napoleon nie verhehlte, die es nicht über sich hatte gewinnen können, Napoleon bei seinem Aufenthalt in Ettlingen zu sehen oder die im Oktober in Straßburg weilende Kaiserin Josephine zu besuchen. Kein Wunder, wenn die Männer im Rate des Kurfürsten, die als kluge Realpolitiker die einmal eingetretene Entwickelung der Dinge zum Vorteile Badens und seines Herrscherhauses auszunützen suchten, mit dem Verhalten der Markgräfin sehr unzufrieden waren. Besonders Reitzenstein hat wiederholt seinen Verdruß offen ausgesprochen und vor jedem Schwanken und jeder Unsicherheit in der Politik gewarnt. Als gegen Ende Oktober infolge der Vorgänge in Ansbach, der Verletzung preußischen Gebietes beim Durchmarsch Bernadottes, in Karlsruhe eine gewisse Beunruhigung eintrat, da man den Anschluß Preußens an die Koalition gegen Frankreich fürchtete, da wies er in einer Denkschrift (375) die Möglichkeit einer Aenderung der badischen Politik entschieden zurück. Man müsse an dem einmal gefaßten Beschlusse festhalten, dürfe nicht mehr zurückblicken und sich durch nichts einschüchtern lassen. Ein Schwanken in der Politik sei verderblich; nur durch festes Vorwärtsgehen erwerbe man sich Achtung bei Freunden und Feinden. Reitzenstein fürchtete, daß die Haltung des badischen Hofes, z. B. sein Mangel an Rücksicht gegenüber der Kaiserin Josephine, die sich schon seit einigen Wochen in Straßburg befand, Anlaß zu einer Verstimmung gegen Baden geben könnte, während die Höfe von München und Stuttgart alles täten, um sich die Zuneigung Napoleons zu gewinnen. In der zweiten Hälfte des November beschäftigte er sich mit der Frage, ob es zweckmäßig sei, einen Unterhändler ins französische Hauptquartier abzusenden (386). Er versprach sich keinen Erfolg davon, wenn Preußen, wie es dem Anschein habe, sich der Koalition anschließen und Oesterreich darum den Krieg fortsetzen werde, ebensowenig, wenn Napoleon auf dem status quo mit Oesterreich sich vertragen werde, um an Preußen Rache zu nehmen. Freimütig tadelte er auch hier das starre Verhalten, das die Markgräfin in Ettlingen Napoleon gegenüber gezeigt habe, und wies im Gegensatz dazu auf die Haltung der württembergischen Kurfürstin hin, die, obwohl Tochter eines Königs von England, in der ungezwungensten Weise Napoleon die Honneurs ihrer Residenz gemacht habe. Kein Wunder darum, wenn Napoleon, wie aus dem Moniteur hervorgehe, seine ausnehmende Zufriedenheit mit der württembergischen Politik kundgebe. Er war der Meinung, man solle versuchen, „durch Vorlegung eines allgemeinen Pacifikationsplans", d. h. also der oben schon skizzierten Denkschrift mit ihren Anlagen, „das diesseitige Interesse in die größeren so viel als möglich zu verflechten". Zeige man sich im französischen Hauptquartier nicht geneigt darauf einzugehen, so sei es überflüssig, einen eigenen

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Unterhändler abzusenden, und Geh. Referendär Oehl könne dann die badischen Interessen im Hauptquartier wahren.

Nun hatte aber die Vollmacht Oehls vom 26. September nur dahin gelautet, er solle sich ins französische Hauptquartier begeben à l'effet d'y conférer amicalement . . . dans toutes les circonstances occasionnées par suite des événements de la guerre prochaine etc., und Karl Friedrich hat später mit Recht betont (413), diese Worte könnten „nach dem Zusammenhang und nach der in der Vollmacht erklärten Absicht von nichts anderem verstanden werden, als von dem, was „mit den Kriegskommissariatsverhandlungen, nach dem Gange der Kriegsbegebenheiten, in Verbindung steht, oder von ihnen abhängig ist". Er hatte also kein Recht zu diplomatischer „Negociation" und erst recht nicht zur „Abschließung eines Akquisitions-, Freundschafts- und Allianztraktats". Oehl war sich dessen auch wohl bewußt und hat in der Folge wiederholt auf diesen Mangel seiner Stellung hingewiesen, in der er trotzdem bei dem Ausbleiben eines bevollmächtigten Vertreters zu diplomatischen Besprechungen mit Talleyrand und dessen Beamten gezwungen war. Schon am 10. November hatte er von Linz aus gemeldet, daß die Grundlagen des künftigen Friedens schon in München festgestellt worden seien: Bayern sollte zum Königreich erhoben, die Macht der Kurfürsten von Württemberg und Baden erhöht werden. Von Wien aus meldete er Ende November, daß er 14 Tage lang ohne Nachricht von Karlsruhe gewesen sei, da die Schreiben an ihn von der französischen Polizei angehalten und erbrochen worden seien. Er bat zugleich um Entsendung eines Bevollmächtigten, etwa Reitzensteins, oder um Uebertragung von Vollmachten an Gemmingen (den badischen Gesandten in Wien, der trotz des Krieges dort zurückgeblieben war), da die Zeit der Friedensverhandlungen nahe bevorstände; er berichtete von der eifrigen Tätigkeit, die Normann, der württembergische Unterhändler, entfalte, und von der Gunst, in der Bayern stehe. Wenige Tage später, am 2. Dezember, veranlaßte endlich das Vorgehen des Kurfürsten von Württemberg gegen den reichsunmittelbaren Adel, die kirchlichen Korporationen und die geistlichen Ritterorden in der Nähe seiner eigenen Staaten, das Karl Friedrich auf eine Aufforderung der französischen Regierung zurückführen zu müssen glaubte, die Entsendung Reitzensteins an Talleyrand (397). Die Hindeutung auf Mitteilungen, die Reitzenstein Talleyrand machen sollte bezüglich der Objekte, deren Erwerbung am besten dem Interesse seines Hauses und dem Wohle seiner Staaten entspreche, bezieht sich doch wohl auf die oben erwähnte Denkschrift Reitzensteins mit ihren beiden Pazifikationsprojekten. Als aber Reitzenstein am 17. Dezember abends in Wien eintraf, da war die Entscheidung in der Hauptsache schon gefallen, und zwar in einer Weise, die den weitgehenden Erwartungen der badischen Staatsmänner keineswegs entsprach.

Am 2. Dezember war die Schlacht bei Austerlitz geschlagen worden. Noch unmittelbar vorher war Napoleon geneigt gewesen, Oesterreich verhältnismäßig günstige Bedingungen zu gewähren, da er den Frieden bald abzuschließen wünschte, jedenfalls um einem Anschluß Preußens an die Koalition zuvorzukommen.[1]) Jetzt lautete seine Sprache ganz anders. Da schrieb er Talleyrand, die Schlacht habe das Antlitz der Sache ganz geändert; da die Oesterreicher alles hätten aufs Spiel setzen wollen, so hätten sie sich auch auf härtere Bedingungen gefaßt machen müssen.[2]) Am 4. Dezember fand die Unterredung zwischen Napoleon und Kaiser Franz statt, die entschied, daß Oesterreich sich von seinem russischen Verbündeten zu trennen und Frieden zu schließen bereit war. Noch

[1]) Correspondance de Napoléon, XI. S. 534 Nr. 9532.
[2]) Correspondance de Napoléon. XI. S. 552. Nr. 9542.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

einmal kam Talleyrand auf seine früheren Vorschläge vom 17. Oktober zurück: Napoleon solle dem geschlagenen und gedemütigten Feinde großmütig die Hand reichen, Oesterreich als Wall gegen Rußland aufrichten und so eine französisch-oesterreichische Allianz herbeiführen.[1]) Er drang mit seinem Rate nicht durch.

Bevor die Friedensverhandlungen mit Oesterreich begannen, mußte Napoleon mit seinen süddeutschen Verbündeten im klaren sein, was er als Lohn für ihren Anschluß in die Bedingungen des Friedens aufzunehmen habe. Bayern mußte natürlich am besten dabei wegkommen: wegen seiner alten politischen Beziehungen zu Frankreich, seiner exponierten Lage an der oesterreichischen Grenze, der Verdienste seiner Truppen im Feldzuge und wegen der bevorstehenden Verbindung des Vizekönigs Eugen mit der Prinzessin Augusta. Gravenreuth, der bayerische, und Normann, der württembergische Unterhändler, hatten den Vorteil vor Oehl voraus, daß sie mit Spezialvollmachten für diese Verhandlungen versehen waren, die Oehl fehlten, der nicht einmal die Bedingungen des Septemberabkommens zwischen Frankreich und Baden kannte, außer dem Artikel 10 der Zusatzakte. Aber er gab sich doch alle Mühe, nicht in zu weitem Abstand hinter ihnen zurückzubleiben, und als Normann am 7. Dezember ins kaiserliche Lager nach Olmütz abreiste, eilte er ihm sofort nach (403). Von dort folgte er dann dem diplomatischen Korps nach Brünn,[2]) wo ihm Talleyrand mitteilte, daß der Abschluß der Verhandlungen mit Bayern und Württemberg unmittelbar bevorstände, während er Oehl wohl seine Anträge bekannt machen, aber nicht abschließen und unterzeichnen dürfe, weil dazu dessen Vollmachten nicht ausreichten (405).

Nachdem die Abschlüsse mit Bayern und Württemberg am 10. resp. 11 Dezember erfolgt waren, ließ Talleyrand am 12. Oehl zu sich kommen, machte ihm Mitteilung davon und legte ihm den Vertrag vor, der mit Baden abgeschlossen werden sollte (407). Von der Erhebung des Kurfürsten zur Königswürde, wie bei Bayern und Württemberg, war nicht mehr die Rede. Baden sollte erhalten: 1. Den Breisgau und seine Dependenzen außer dem, was im Württembergischen östlich der Linie vom Schlegelberg bis zum Mohlbach liegt, und außer den Städten und Gebieten von Villingen und Bräunlingen. 2. Die Ortenau. 3. Die Stadt Konstanz. 4. Die Kommende Mainau. Dafür sollte es auf die von den Franzosen besetzten Rheininseln und auf die Vergütung für die bisher für die französische Armee geleisteten Lieferungen verzichten. Also nicht einmal der ganze Breisgau, von dem ein Teil Württemberg zugesagt war, sollte an Baden kommen. Und doch mußte Oehl sich sagen, daß ein weiteres Zuwarten nicht mehr möglich war; er mußte zugreifen, wenn er nicht Gefahr laufen wollte, daß von dem „schönen Breisgau“ noch mehr verloren ging. Da aber seine Vollmacht nicht bestimmt genug lautete, so bedang er sich eine Frist von 25 Tagen aus, um die Genehmigung seines Hofes zu erbitten; in der Zwischenzeit wollte er alles erdenkliche versuchen, um eine Verbesserung der Bedingungen zu erlangen, obwohl er wenig Hoffnung darauf hatte.

In der folgenden Nacht sandte er die Nachricht von dem provisorischen Abschluß nebst einer Abschrift des Vertrags durch den württembergischen Kurier nach Cannstatt, von wo sie durch Stafette an den Kurfürsten weiter befördert wurde. Er folgte dann am 13. dem Hauptquartier nach Schönbrunn, wo er sich bemühte, bei der Armeeintendanz für

[1]) Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand à Napoléon. S. 211.

[2]) „Am 7. Dezember begab sich der Kaiser nach Brünn, wo wir die Diplomaten aller Länder herbeieilen sahen: solche, die kamen, um Gnade zu erbitten, solche, welche ein mehr oder minder großes Stück des Kuchens beanspruchten“ usw. Thiard, Souvenirs etc. S. 247.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

den bevorstehenden Rückmarsch des französischen Heeres möglichste Erleichterungen und Verminderung der Requisitionen für Baden zu erlangen, weil er überzeugt war, daß hierfür doch keine Bezahlung erfolgen werde. Er bat den Kriegsminister, Marschall Berthier, dahin zu wirken, daß der größere Teil der Truppen den Rückweg über Tirol und die Schweiz nehme. Erst jetzt erfuhr er durch ein Schreiben Edelsheims, daß ein Bevollmächtigter, dessen Namen aber nicht angegeben war, bald ankommen werde. Wir wissen, es war Reitzenstein.

Am 16. abends, noch 20 Meilen von Wien entfernt, begegnete dieser unterwegs Thiard, der, wie er sagte (417), im Auftrage Napoleons an die drei Kurhöfe reiste, um den Abschluß der Verträge offiziell mitzuteilen, in Wirklichkeit aber in einer wichtigen Spezialmission nach Karlsruhe eilte, und hörte von ihm, daß er zur eigentlichen Verhandlung 10—12 Tage zu spät komme, daß Baden nur der Breisgau und die Ortenau zugefallen sei, da bei der Abwesenheit eines mit hinlänglicher Instruktion versehenen badischen Abgeordneten der bayerische und der württembergische freies Spiel gehabt hätten. Am 17. abends kam Reitzenstein in Wien an, von Oehl, der damit der Verantwortlichkeit enthoben wurde, mit Freude begrüßt. Aus dem Original des Vertrags, das Oehl ihm vorlegte, erkannte er, daß Württemberg noch ein stattliches Stück des Breisgaus für sich abgerissen habe. Er war billig genug sich einzugestehen, daß auch so noch Baden im Verhältnis zu Bayern und Württemberg nicht ungünstig bedacht sei, solange es sich nur um die Verteilung der oesterreichischen Besitzungen in Schwaben handelte. Trotzdem suchte er sein möglichstes zu tun, um „wieder gut zu machen, was durch bisherige Versäumnisse verdorben war". Er bat um eine Audienz bei Napoleon, der ihn aber an Talleyrand wies. Am 20. wurde er zu Talleyrand beschieden und erstaunte nicht wenig (417), als ihm dieser gleich nach den ersten Worten den schriftlichen Befehl des Kaisers vorwies, in einem geheimen Artikel die Abtretung von Kehl mit einem Bezirk von 500 Toisen im Umkreis zu verlangen. Als Talleyrand diese Weisung erhalten hatte, hatte er freilich staatsrechtliche Bedenken erhoben (409), da der Kurfürst als Reichsstand nicht berechtigt sei, ein Stück deutschen Gebietes an eine fremde Macht abzutreten, ohne eine vorhergehende Zustimmung oder nachfolgende Ratifikation vonseiten des Kaisers und des Reichs. Die von Napoleon gewünschte Abtretung von Kehl hätte also eine gleichzeitige Verhandlung mit Baden, dem Kaiser und dem Reichstag erfordert. Talleyrand hatte nun, falls Napoleon eine Einmischung des Reichs nicht wünsche, zu dem Ausweg geraten, daß durch einen Geheimartikel zum Vertrag mit Baden festgesetzt werde: alle Arbeiten, die der französische Kaiser in Kehl machen zu lassen für angeraten halte, sollten von dem Kurfürsten von Baden ausgeführt werden, der sich verpflichtete, den Platz Napoleon zur Verfügung zu stellen, so oft er darum angegangen werde. In einem Schreiben an Napoleon[1]) drückte das Talleyrand auch so aus: Der Geheimartikel sollte den Kaiser zum tatsächlichen Eigentümer von Kehl machen, während der Kurfürst der scheinbare Eigentümer bleibe. Aber Napoleon wollte von allen diesen Weiterungen nichts wissen, er verharrte auf seiner Forderung und erklärte, den badischen Vertrag ohne die Klausel nicht ratifizieren zu wollen (409). Nebenbei bemerkt, war in diesen Tagen auch der Plan erörtert worden, den Rhein um Kehl herumzuleiten, also diese Stadt auf die linke Rheinseite zu bringen.

Gegenüber der so entschiedenen Forderung des Kaisers, zumal da Talleyrand hinzufügte (417), die Unterzeichnung des neuredigierten Vertrags müsse sofort erfolgen,

[1]) Bertrand, Lettres etc. S. 225.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

da er ihn noch an demselben Tage Napoleon nach Schönbrunn zu überbringen beauftragt sei, konnte von einem Unterhandeln nicht mehr die Rede sein; man mußte das Ganze eben lediglich als eine Kapitulation betrachten, die der mächtige Nachbar vorgeschrieben. Eine Weigerung hätte bei der augenblicklichen übeln Laune Napoleons für Baden alles verderben können. So unterzeichnete Reitzenstein mit der Bemerkung, er hoffe nun auch um so mehr „geneigtes Gehör in Ansehung derjenigen Wünsche, die dem Kurhaus noch übrig blieben, zu finden". Obgleich Talleyrand erstaunt schien, „daß nach einer, wie er meinte, besonders auffallenden Begünstigung des badischen Hauses dasselbe noch mehreres wünschen könne", ging er doch bereitwillig auf eine weitere Diskussion ein, die sich um statistische Festsetzung der Bevölkerung des Breisgaus bewegte. Eine Bemerkung Reitzensteins, daß der Breisgau nicht nur nichts eintrage, sondern sogar mit einem Defizit von 14000 fl. belastet sei, ließ Talleyrand aus dem Grunde nicht gelten, „weil bei einem Staat alles auf die innern Kräfte ankomme und ein vorher noch so schlecht verwaltetes Land durch eine weise Administration, in Ansehung deren ja Kurbaden bekanntlich sich vor allen andern Ländern auszeichne, gar bald wieder in die Höhe gebracht werden könne". In einer Reihe von Punkten, die Reitzenstein vorbrachte, zeigte er sich nachgiebig. Er sicherte ihm ausdrücklich zu, daß in dem Breisgau auch sämtliche Klöster des Landes (vor allem St. Blasien), sowie die Besitzungen des Malteser und Deutsch-Ordens (besonders das Großpriorat Heitersheim) mit inbegriffen sein sollten. Er gestand die Notwendigkeit der Aufhebung der breisgauischen Landstände zu „und fügte den allgemeinen Rat hinzu, die Administration des ganzen Landes so sehr, als nur immer möglich, zu simplifizieren, keine besondere Regierung in Freiburg zu belassen, sondern den Breisgau unter die Karlsruher Kollegien zu ziehen und überhaupt alle ohnnötige Zweige der Staatsverwaltung abzuschneiden." Er riet ferner, nach Aufhebung der fürstl. Taxis'schen Reichspost möglichst bald eigene Territorialposten einzurichten, und bedeutete zuletzt Reitzenstein, „daß die schleunigste Besitznahme und der förmliche Regierungsantritt über die von Frankreich nunmehr garantierten Lande ohnfehlbar erwartet werde"; französisches Militär solle im Notfall die badische Besitzergreifung unterstützen.

Talleyrand hat offenbar in allen diesen Verhandlungen, wie in seinen früheren Vorschlägen, stets das größte Wohlwollen für Baden an den Tag gelegt. Oehl berichtet dasselbe von allen französischen Offizieren und Beamten, mit denen er zu tun hatte; eine Ausnahme machte nur La Besnardière, der Bureauchef im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, von dem Oehl behauptete, er sei durch Normann bestochen und arbeite durchaus zum Vorteil Württembergs. Reitzenstein hat dann in einem Geheimbericht an Karl Friedrich (420) die weniger günstige Behandlung, die Baden in diesen Dezemberverhandlungen zu erfahren hatte, auf eine Verstimmung Napoleons wegen der Nichtbeteiligung des badischen Kurprinzen am Feldzug zurückgeführt. Thiard hatte ihm darüber Andeutungen gemacht, Talleyrand den Punkt in gleichem Sinne, wenn auch nur vorübergehend berührt; ganz deutlich aber hatte Mürat sich ausgesprochen: „man habe sich durch nichts so sehr geschadet, als dadurch, daß man das Anerbieten des Kaisers, den Kurprinzen an seiner Seite zu haben, ausgeschlagen habe". Er wisse, „wie empfindlich der Kaiser über den hierbei bemerkt zu haben geglaubten Mangel an Zutrauen geworden sei, und das habe dem badischen Interesse gewiß unwiderbringlichen Schaden getan".

Da Reitzenstein den neuen Territorialzuwachs, der in der Folge durch weise Verwaltung und gute ökonomische Einrichtung noch weit mehr Bedeutung erlangen könne,

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

im Grunde für beträchtlich genug hielt, auch von Talleyrand die Erklärung erhielt, daß eine Vergrößerung des badischen Loses nicht unmöglich sei, wenn Frankreich etwa gezwungen würde, von Oesterreich weitere Zessionen zu fordern, oder wenn „die Ereignisse im nördlichen Deutschland eine größere Ausdehnung der diplomatischen Unternehmungen herbeiführen würden", so riet er dem Kurfürsten zur schleunigsten Ratifikation des neuen Vertrags und zur sofortigen Besitznahme und Huldigungsabnahme in den neugewonnenen Landesteilen. Weitere Ratschläge bezogen sich auf die Einzelheiten des Vorgehens bei der Besitznahme, auf die hier nicht einzugehen ist. Jedenfalls tritt in dem 30 Folioseiten umfassenden Bericht Reitzensteins eine außerordentliche Arbeitskraft, Scharfblick und Sachkenntnis zu Tage, die das Urteil bestätigen, das Oehl grade in diesen Tagen über ihn ausspricht: C'est un vrai plaisir de voir travailler cet homme éclairé et savant en même temps, c'est une richesse que sa mémoire et son talent perce les choses.

An demselben 20. Dezember, an dem in Wien Reitzenstein zur Unterzeichnung des Vertrags sich genötigt sah, kam der Baron Thiard zum drittenmal mit einem Auftrag Napoleons an Karl Friedrich in Karlsruhe an. Es handelte sich wieder um ein Heiratsprojekt: Napoleon wünschte den badischen Kurprinzen mit der Nichte seiner Gemahlin, Stephanie, Tochter des Senators Beauharnais, verheiratet zu sehen. In seinen Memoiren[1]) erzählt Thiard, Napoleon habe dem badischen Hofe die Wahl gelassen zwischen dieser Stephanie Beauharnais und einer andern Verwandten der Kaiserin, Frl. Tascher de la Pagerie. Der Preis dieser Verbindung sollte der Breisgau sein: Ainsi, l'alliance, ou point de Brisgau. Wieder wandte sich Thiard zuerst an den Markgrafen Ludwig und erhielt durch diesen Audienz beim Kurfürsten. Wieder spielte die Anerkennung der Söhne Karl Friedrichs und der Gräfin Hochberg die Hauptrolle unter den Pressionsmitteln, die Thiard anwandte. Als er das Palais verließ, nahm er die Ueberzeugung mit sich, daß alles weitere auf dem diplomatischen Wege nach Wunsch gehen werde. Nur handelte es sich jetzt noch um die Wahl zwischen den beiden französischen Damen. Diese Sache wurde im Familienkreise, im Salon der Gräfin Hochberg besprochen. Thiard wurde um Auskunft über die Persönlichkeit der beiden Damen gebeten. Der Hof neigte sich dann auf die Seite von Frl. Tascher, da diese als nähere Verwandte der Kaiserin wahrscheinlich größeren Einfluß besitzen und so besser imstande sein werde, die Bande zwischen Frankreich und Baden fester zu schlingen. Thiard machte dagegen geltend, daß durch die Heirat Eugens Beauharnais mit Augusta von Bayern, die bald stattfinden werde, die Familie Beauharnais den souveränen Familien näher gerückt sei, und daß die Prinzessin Beauharnais, noch jung und weniger bekannt mit den Vergnügungen des französischen Hofes, sich leichter in eine Trennung von Paris fügen werde. So fiel denn die definitive Wahl auf Stephanie.

Zwei Punkte in dieser Erzählung Thiards erregen Bedenken. 1. Hat wirklich Napoleon die Ueberlassung des Breisgaus an Baden von der Zustimmung Karl Friedrichs zu der Familienallianz abhängig gemacht? Thiard ist ohne Zweifel unmittelbar, nachdem er den Auftrag des Kaisers erhalten, von Wien abgereist; er brauchte nach seiner eigenen Erzählung 4 Tage und 4 Nächte für die Reise von Wien nach Karlsruhe. Dort kam er am 20. an; seine Abreise fiel also auf den 16. Dezember. Das wird durch Reitzenstein bestätigt, der berichtet, er sei ihm am 16. Dezember abends 20 Meilen vor Wien begegnet. Nun war aber durch den Brünner Vertrag vom 12. Baden der Breisgau und die Ortenau schon zuge-

[1]) S. 248 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

sagt worden. Sollte Napoleon etwa darum, weil die Annahme des Vertrags durch Oehl noch keine definitive war, sein Zugeständnis zurückzunehmen gedroht haben, falls Karl Friedrich auf die Familienallianz nicht eingehe? Obser hat die Vermutung ausgesprochen,[2]) Napoleon habe in der Unterredung mit Thiard nicht vom Breisgau gesprochen, sondern von den an Württemberg überlassenen Parzellen des Breisgaus und andern Gebieten, die Baden damals noch begehrte. Aber die waren doch zu unbedeutend, als daß er sie als Preis für eine dem badischen Fürstenhause vielleicht unwillkommene Verbindung hätte hinstellen können in der drohenden Alternative: l'alliance ou point de Brisgau. Wenige Zeilen vorher sagt Napoleon: Mais surtout point de menaces, point de violences. Ich glaube, daß Napoleon wirklich von einem derartigen Zwange nichts hat wissen wollen, daß er des Breisgaus in der Unterredung etwa in der Weise Erwähnung getan hat, daß er annahm, Baden werde dankbar für die Erlangung des lange gewünschten Landes gern auf die Heirat eingehen. Daß Baden mit dem Brünner Vertrag so unzufrieden war, hat er um die Mitte Dezembers, wenige Tage nach dem Abschlusse, gar nicht gewußt. Ich glaube, daß er sich um die Details, wie jene Loslösung einzelner Parzellen zugunsten Württembergs, nicht gekümmert hat, daß sie durch untergeordnete Persönlichkeiten, wie etwa La Besnardière, in den Vertrag gekommen sind. Erzählt ja doch Thiard, daß in jenem Gespräch Napoleon nicht gewußt habe, was die Ortenau sei. Daß aus jener Erwähnung des Breisgaus in den Souvenirs Thiards die Drohung geworden ist, beruht dann auf einem Gedächtnisfehler des Verfassers.

2. Hat wirklich Napoleon dem badischen Hofe die Wahl zwischen Stephanie Beauharnais und Frl. Tascher freigestellt? In den badischen Akten wird letztere mit keiner Silbe erwähnt. Andrerseits lautet die Erzählung Thiards so bestimmt; es ist ferner so gar nicht ersichtlich, wie Thiard auf dieses Frl. Tascher gekommen sein sollte, daß ich doch annehmen möchte, daß wirklich in seinen Besprechungen mit der kurfürstlichen Familie beide Damen in Betracht gekommen sind. Wenn Thiard erzählt, daß der Kurfürst zu der französischeu Heirat seine Zustimmung gegeben und Edelsheim und einen andern seiner Räte für die weitere Verhandlung mit ihm bestimmt habe, und daß dann erst die Wahl unter den beiden Damen im Familienkreise stattgefunden habe, so bin ich geneigt, auch hier wieder einen Gedächtnisfehler Thiards anzunehmen. Die Wahl wird in den ersten Stadien der Verhandlungen und zwar im engsten Kreise (à huis clos entre la famille et moi et dans le salon de la comtesse de Hochberg), wahrscheinlich ohne Zuziehung selbst des Kurprinzen stattgefunden haben und dann erst das weitere erfolgt sein, wobei dann nur der Name Stephanie Beauharnais erwähnt wurde.

Mochte nun Karl Friedrich die Verbindung seines Enkels mit der Französin gern oder ungern sehen, jedenfalls schien sich ihm damit ein Anlaß und ein Mittel zu bieten, um bei Napoleon auf eine Verbesserung der Vertragsbedingungen zu dringen. In diesem Sinne schrieb er an Reitzenstein, der bevollmächtigt wurde, die offiziellen Schritte bei Napoleon zu tun und bei diesem um die Hand der Prinzessin Stephanie zu werben, sobald er sich davon überzeugt habe, daß die Ehe der Prinzessin Augusta von Bayern mit Eugen von Beauharnais beschlossene Sache sei. Als unerläßliche Vorbedingung für die Heirat bezeichnete Karl Friedrich die lutherische Erziehung der Kinder des Kurprinzen. Da er wohl erkannte, welchen Wert Napoleon auf das Zustandekommen der beiden Ehebündnisse legte,

[2]) Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins. N. F. XV S. 539.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

so glaubte er „dagegen von dem Kaiser eine ebenso reichliche als ehrenvolle Beförderung seines Haus- und Staatsinteresses in dem jetzigen entscheidenden Augenblick umso zuversichtlicher sich versprechen zu dürfen, je genauer durch die proponierte Verlobung des Kurprinzen das eigene Familieninteresse des Kaisers mit dem seinigen würde verbunden werden. Die Abtretung des Breisgaus und der Ortenau, mit Einschluß von St. Blasien etc. etc. und die Bewirkung der Standeserhöhung und Sukzessionsfähigkeit seiner männlichen Nachkommenschaft zweiter Ehe könnten nicht als Aequivalent für die in der zweifachen Verlobungssache bewiesene Nachgiebigkeit betrachtet werden; denn diese beiden Dinge habe Napoleon ihm mündlich schon in Mainz zugesichert, da von einer Verlobung noch keine Rede gewesen sei". Er erhob vielmehr eine Reihe von Forderungen (422), von denen folgende hier erwähnt seien: Aufhebung des Vertrags vom 12. und Abschluß eines neuen mit einer beträchtlichern Territorialzession; Uebernahme einer angemessenen Quote der pfälzischen Staatsschulden durch Bayern; Beschränkung des casus foederis mit Frankreich auf Defensivkriege, die Frankreich in Deutschland zu führen habe; Bewilligung oder Garantie einer Anleihe von 4—6 Millionen Livres zu billigen Zinsen und mit bequemen Rückzahlungsfristen zur Sanierung der badischen Staatsfinanzen.

Aber diese Weisungen, die am 26. Dezember von Karlsruhe abgingen, konnten am Inhalt des Vertrags vom 20. nichts mehr ändern. Am 27. teilte Napoleon dem Kurfürsten den Abschluß des Preßburger Friedens mit, in welchem die mit Baden getroffenen Abmachungen mit aufgenommen worden waren. „Zum zweiten Male verschaffe ich Ihrem Hause eine Vergrösserung, welche es heute auf den Stand der großen Mächte stellt. Mehr als jemand kennt Ew. Hoheit das Interesse, welches ich Ihrem Hause entgegenbringe, und ich hoffe, daß Sie und Ihre Kinder fortfahren werden, für Frankreich die Gefühle zu hegen, welche uns seit langem verbunden haben" (424). Auch Reitzenstein machte dem Kurfürsten Mitteilung vom Preßburger Frieden (426). Nach genauerer Berechnung hatte der Gewinnanteil Württembergs ein Plus von 7000 Seelen über den von Baden, während Reitzenstein früher ein Plus von 24—25 000 für Baden herausgerechnet hatte. Klagen, meint Reitzenstein, nützen nichts; das beste ist, alles zu tun, um die begangenen Fehler wieder gutzumachen, vor allem, um durch eine vortreffliche innere Verwaltung die Bewunderung Deutschlands zu erregen, die zerstreuten Teile des Landes zu konsolidieren, den Kredit und die Finanzen herzustellen und die durch den Krieg geschlagenen Wunden zu heilen. „Das ist das beste und respektabelste Mittel, das am meisten den Intentionen und dem Herzen Ew. H. entspricht um sich für die Ungerechtigkeit des Schicksals zu rächen und um sich für eine Zukunft die nicht fern sein wird, ein besseres Schicksal zu sichern." Man sieht, der elastische Geist des badischen Staatsmanns gab die Hoffnung noch nicht auf; ein weiterer Beweis dafür ist eine Denkschrift für die französische Regierung, die er Ende Dezember verfaßte (427) und in der er unter den kühnsten Kombinationen über die künftige Entwickelung der Dinge in Deutschland den Erwerb von Ulm, das dann als Tauschobjekt Württemberg gegenüber verwendet werden sollte, von Frankfurt, von Leiningen, des Fürstentums Aschaffenburg und der Stadt Wetzlar, der Hälfte des Fürstenbergischen Gebietes usw. ins Auge faßte. Praktischer und fürs erste mehr Erfolg versprechend waren die Schritte, die er in Wien bei Talleyrand und dessen Kanzlei tat. Ein Geschenk von 2000 Louisd'or für den Bureauchef La Besnardière und ein in Aussicht gestelltes Präsent für Talleyrand wirkten sofort. La Besnardière gab Reitzenstein zu, der Vertrag sei „allerdings äußerst überschnellt worden"; das Bureau habe für die Verträge mit Bayern, Württemberg und Baden zusammen nicht

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

mehr als 27 Stunden Zeit gehabt, und da badischerseits niemand auf dem Platz gewesen, so sei es unmöglich gewesen, den Insinuationen Normanns auf den Grund zu sehen. Mehr als das Oberamt Triberg vom Breisgau loszulösen, habe man nie im Sinne gehabt. Baden solle den ganzen Breisgau einschließlich Triberg besetzen und es auf eine Klage Württembergs bei Frankreich ankommen lassen. Die französische Regierung werde sicherlich „ein mehreres als das wirklich Enklavierte oder äußerstens die Herrschaft Triberg Württemberg nicht zuerkennen, weil es anerkannten Rechtes sei, daß kein Traktat mehr Recht übertragen könne, als der Kontrahent im Sinne gehabt habe zu übertragen" (428). Reitzenstein riet daher dem Kurfürsten, sofort den ganzen Breisgau in Besitz zu nehmen. Betreffs Kehl hielt er es für vorteilhafter, Frankreich das Besatzungsrecht zu überlassen, als die Werke und die Garnison im Frieden zu unterhalten und im Krieg die Festung auf jeweilige Requisition den Franzosen zur Verfügung zu stellen. Um das Wohlwollen Talleyrands sich zu erhalten, schlug Reitzenstein vor, ihm außer wertvollen Pretiosen „allerwenigstens 100 000 Gulden in baarem Gelde" zu verehren.

Inzwischen mußte die Regierung in Karlsruhe über die Ratifikation des Vertrags vom 20. Dezember schlüssig werden. Die Geh. Räte Meyer und Brauer wurden zur Begutachtung aufgefordert. Sie äußerten wohl eine Reihe von Bedenken gegen die einzelnen Bestimmungen, konnten sich aber doch der Erkenntnis nicht verschließen, daß, wie die Verhältnisse lagen, die Ratifikation unmöglich verweigert werden könne. Dabei betonte Brauer, daß „durch die Allianz- und Garantieforderung die Länderübergaben so oneriert werden, daß das kurfürstl. Haus dieser Zulagen nie froh und das Land durch Kriegsdruck ihrer überdrüssig werden dürfte". Bezüglich der Besitznahme der neuerworbenen Gebiete riet Brauer so vorzugehen, wie 1803: provisorische militärische Besetzung ohne förmlichen Regierungsantritt und ohne die Forderung der Huldigung, ehe der bisherige Landesherr abtrete und die Untertanen ihrer Pflicht entbinde (430, 431).

Es war nicht allein die Enttäuschung früher gehegter Hoffnungen auf eine bedeutendere Arrondierung des badischen Gebiets, die dem Kurfürsten die Zustimmung zu dem aufgedrungenen Vertrag erschwerte. Die bisherige Stellung Karl Friedrichs zu Kaiser und Reich, an der als altehrwürdiger Ueberlieferung er mit Pietät hing, mußte durch die Allianzbestimmungen des Vertrags eine bedeutsame Veränderung erleiden. Es erschien ihm „hart, sich und seine Staaten von dem deutschen Vaterlande fast ganz trennen und dem weitfassenden Interesse eines übermächtigen fremden Staates hingeben zu müssen". Eine Beruhigung gewährte ihm „nur der Gedanke an eine alles lenkende Vorsehung und das Bewußtsein des unablässigen, redlichsten Strebens, das Schicksal des Regenten, seiner Familie und Untertanen möglichst zu erleichtern und zu verbessern" (517). An eine Weigerung dem übermächtigen Napoleon gegenüber war natürlich nicht zu denken. Es blieb nur die Hoffnung, nachträglich noch günstigere Bestimmungen zu erlangen, und die Sorge dafür legte er immer wieder Reitzenstein ans Herz. In München, wohin dieser im Januar aus einem nachher zu besprechenden Anlaß ging, tat er sein möglichstes, um Badens Ansprüche auf eine bessere Behandlung darzutun, und erreichte von Thiard die Versicherung in Napoleons Namen, daß S. M. allerdings geneigt seien, dem badischen Kurhause eine weitere Vergrößerung auszumitteln (523). Am 16. Januar fand in München der Austausch der Ratifikationen statt.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf